

Pazifistische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1917)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frieden, jede Steigerung im allgemeinen bringt uns dem Krieg näher; desgleichen jedes Missverhältnis zwischen den Rüstungen der einzelnen Staaten. Alle Bürger, und im besondern die Pazifisten müssen sich also wohl oder übel um die Rüstungen kümmern, und zwar um die Rüstungen der ganzen Welt; denn beide, Pazifismus und Antimilitarismus, sind ihrem Wesen nach durchaus international.

Es ist völlig begränglich, dass Herr Dr. Schulthess der Ansicht ist, jeder Pazifist sollte seine Stellungnahme gegenüber dem Militär mit sich alleine ausmachen und Diskussionen über diesen Punkt vermeiden — begränglich; eben wegen der schwer oder gar nicht zu behebenden Schwierigkeiten, in welche alle Welt sofort hineingleitet, sobald es sich um eine Entscheidung in Rüstungsfragen und ihre Begründung handelt. Und wiederum ist es nicht weniger begränglich, dass er an anderer Stelle das Gegenteil erstrebt, indem er mit Bezug auf den angewandten Antimilitarismus dringlich fordert, dass Klarheit geschaffen werde, was natürlich ohne Meinungsäusserung und Diskussion gar nicht möglich wäre. Ohne Zweifel, man vermeidet Mühe und Verdruss, wenn man schwierige Fragen beiseite stellt oder gar in Dunkelheit hüllt. Bei Nacht sind eben alle Katzen grau, und indem man Diskussionen über ihre Farbe unmöglich macht, geht man auch einer Gelegenheit aus dem Wege, sich zu ereifern oder gar zu zanken. Das Militär aber lässt sich nicht in Dunkel hüllen oder beiseite schieben. Es stellt sich am hellen Tage breit in unser aller Weg; wir müssen uns mit ihm beschäftigen, wir mögen wollen oder nicht, wir mögen nun die Fähigkeiten dazu haben oder nicht. Es stellt uns immer wieder Fragen, die wir beantworten müssen, sei es auch nur mit ja oder nein, und weil sie ganz besonders schwierig sind, so dass wir alleine nicht mit ihnen fertig werden; so bleibt uns keine Wahl, wir müssen uns umhören.

Herr Dr. Schulthess fordert, dass sich die Friedensbewegung auf die Förderung der internationalen Verständigung beschränke. „Förderung der internationalen Verständigung“, in diesen kurzen Worten liegt zweifellos ihre ganze Aufgabe beschlossen. Es ist aber doch sehr natürlich, dass auch gefragt wird, mit welchen Mitteln das geschehen soll. Wenn nun eine Steigerung der Rüstungen in der Regel die Kriegsgefahr vermehrt, die Verständigung zwischen den Völkern hemmt oder gar unmöglich macht, scheint es da nicht Herrn Dr. Schulthess Absichten durchaus zu entsprechen, dass sich die Träger der Friedensbewegung auch mit dem Militär, dem Militarismus und dem Antimilitarismus beschäftigen?

Machen wir es kurz! Eine rein prinzipielle Behandlung der Fragen des Antimilitarismus verspricht Erfolg. Hier ist es möglich, eine Einigung zu erzielen. In allen konkreten Fällen aber liegen die Dinge entgegengesetzt. In ihnen ist es zum mindesten äusserst schwierig, zu einer Verständigung zu gelangen. Darum ist es allerdings empfehlenswert, die betreffenden Erörterungen auf das Nötigste zu beschränken. Ich glaube, dass diese Formel so ziemlich den Wünschen aller derer entspricht, welche bis heute an unserm Gedankenaustausch teilgenommen haben.

Man gestatte mir noch, ein paar allgemeine Bemerkungen anzufügen, welche unser Thema betreffen, und welche, wie ich hoffe, geeignet sind, eine weitere Klärung zu bewirken. Der Antimilitarismus kann allerdings das Militär nur verneinen, denn das ist sein Wesen. Es ist seine alleinige Aufgabe, die Rüstungen zu mindern und zu verhindern, doch immer nur dort, wo dem Frieden damit gedient wird; denn der Friede, sein Zweck, muss ihm natur-

gemäss höher stehen als der Kampf gegen das Militär, welcher nur das ihm eigentümliche Mittel zum Zwecke ist. Von den Antimilitaristen muss daher mehr gefordert werden als ein unterschiedloses Verneinen. Wir müssen uns darüber einig sein, dass, solange eine allgemeine, völlige Abrüstung nicht zu erzielen ist, der einzelne Staat der Wehr nicht zu entbehren vermag. In dieser Lage befindet sich die Welt heute, und so lange das der Fall ist, wird auch immer von neuem an jeden von uns die heikle Frage herantreten: Wie stark muss die Wehr deines Staates sein? Man bedenke, dass nicht nur ein Zuviel, sondern auch ein Zuwenig dem Frieden gefährlich ist. Es ist schon so, dass eine Steigerung der Wehr im einzelnen in gewissen Fällen sogar nützlich zu werden vermag, wie ja auch Gift in vielen Arzneien kranken Geschöpfen zur Heilung gereicht. Wenn z. B. böse Nachbarn meines Staates ihre Streitkräfte erhöhen, so ist dieser gezwungen, dasselbe zu tun, sonst werden jene seine Schwäche missbrauchen und ihn mit Krieg überziehen. Da nun der Antimilitarist nur um des Friedens willen Antimilitarist ist, so wird er in einem solchen Einzelfalle sich seines Antimilitarismus entäussern müssen, wie sauer es ihm auch wird. Das ist nicht nur eine Forderung des Verstandes, es ist sogar eine Forderung der Vernunft, ein kategorischer Imperativ. Beispiele derartiger Fälle sind heute überall nahe zur Hand, Gott sei's geklagt! Wir dürfen und müssen also folgern: Man kann überzeugter Antimilitarist sein, ohne stets und immer die Rüstungen zu verneinen, wie ein Arzt Gegner der Medizin sein kann, und doch Medizinern verschreibt, wo alle natürlichen Mittel versagen. Ich weiss, diese Worte werden manchen Ohren übel klingen; dennoch verkündigen sie nur die logische Folgerung aus dem Satze: „Der Antimilitarismus ist zuerst und vor allem um des Friedens willen da“, ein Grundsatz, welchen nur wenige Rüstungsgegner verneinen werden. Je entschlossener die Vertreter des Antimilitarismus jene Folgerung ziehen, je erfolgreicher werden sie auch in ihrem Wirken sein, und um so früher dürfte es gelingen, der Menschheit den grossen Morgen heraufzuführen, in dem das Militär nicht mehr vonnöten ist und alle Diskussionen über Militarismus und Antimilitarismus der Vergangenheit angehören.

Pazifistische Rundschau.

Am 12. Dezember 1916 erklärte der deutsche Reichskanzler im Reichstag, dass die Regierungen des Vierbundes durch Vermittlung der mit dem Schutze ihrer Staatsangehörigen betrauten neutralen Staaten den feindlichen Mächten identische Noten hätten zustellen lassen, mit dem Vorschlag, von diesem Tage an in Friedensverhandlungen zu treten. Die Vorschläge, welche die Verbündeten zur Verhandlung stellten, seien nach ihrem Dafürhalten geeignet für Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens.

*

Zu erwarten war, dass die Regierungen und Völker der Entente oder des Zehnverbandes, wie man diese Mächtegruppe jetzt zu nennen beliebt, nicht ohne weiteres das Friedensangebot der Zentralmächte annehmen würden. Die Reden der Regierungsmänner der Entente liessen denn auch nicht lange auf sich warten. Darnach lehnten diese das Angebot ab, weil es „nicht aufrichtig gemeint sei“ und „weil es keine Bedingungen enthalte“. Am schroffsten lautete wohl der Tagesbefehl des russi-

schen Zars, wonach erst mit der Eroberung Konstantinopels von Frieden die Rede sein könne. Die anderen Staatsmänner der Entente waren entschieden massvoller in den Vorbedingungen für das Eintreten auf Friedensverhandlungen. Nach diesen Auslassungen hätte man eine geharnischte Antwort der Entente erwarten müssen. Allein diese war, wie sogar eine Wiener Meldung besagt, „sehr zahm“ gegenüber den Reden der Staatsmänner der Entente. Sie wurde am 30. Dezember 1916 vom französischen Ministerpräsidenten dem amerikanischen Botschafter übergeben. Darnach könnten diese Mächte nicht auf das Friedensangebot der Zentralmächte eintreten, weil es des Inhaltes und der Präzisierung ermangle. Es *scheine* mehr ein Kriegsmanöver als ein Friedensangebot zu sein. Die verbündeten Regierungen müssten es deshalb ablehnen, einen unaufrichtigen und gehaltlosen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Friede sei nicht möglich, solange sie nicht die Zusicherung der Wiederherstellung der verletzten Freiheiten und Rechte, Anerkennung des Nationalitätenprinzips und freie Existenz der kleinen Staaten erlangt hätten, und solange sie nicht einer Regelung sicher seien, die geeignet sei, endgültig jene Ursachen zu beseitigen, die seit langem die Nationen bedroht hätten, und die einzig wirksamen Bürgschaften für die Sicherheit der Welt zu geben. Und als Kriegsziele beziehungsweise Friedensbedingungen der Entente werden bezeichnet: Sanktion, Wiederherstellung und Garantien.

*

Ueber die Note der Entente war man fast allgemein enttäuscht. Man hatte sich eben dem Wahn hingegeben, die Mächte des Zehnverbandes würden dem Gegner auf sein Friedeheischen hin um den Hals fallen. Und weil dies nicht der Fall war, ist man enttäuscht und entrüstet zugleich über die Ententemänner und ihre Antwort. Meines Erachtens ist die Ententenote nur formell betrachtet eine Ablehnung. Das haben *Fried* und *Fr. W. Förster* sofort erklärt. Die Ententenote lehnt nur die „Unvollständigkeit“ des Vorschlages der Zentralmächte ab, nicht aber grundsätzlich das Friedensangebot überhaupt. Man braucht sie nur recht zu lesen. An den Zentralmächten ist es jetzt, zu zeigen, dass sie es mit ihrem Vorschlag ernst meinten, dass er kein blosses „Kriegsmanöver“ war, um sich als unschuldig hinzustellen und auf der andern Seite dem Volke neue unerhörte Opfer mundgerecht zu machen. Die Entente hat auch die Friedensbedingungen in allgemeinen Umrissen bekanntgegeben, so dass deren Inhalt je nachdem viel aber auch wenig bedeutet an Forderungen gegenüber den Zentralmächten. Die Möglichkeit von Verhandlungen ist damit gegeben. Das wissen auch die Staatsmänner der Zentralmächte. Denn so klug sind sie auch, dass sie zwischen dem Schein und dem Sinn eines diplomatischen Aktenstückes zu unterscheiden verstehen. An ihnen liegt es, welche Auslegung sie der Antwort der Entente geben wollen.

Dass die Entente ebenfalls zum Frieden bereit ist, das geht aus der Stellungnahme ihrer Presse hervor. Bei der Bekanntgabe des Vorschlages der Zentralmächte haben sie einstimmig (natürlich auf Kommando) das Ansinnen des Gegners verworfen. Kurz vor und dann vor allem nach der Uebergabe der Antwort der Entente hat die Presse der Zehnverbandsmächte (natürlich wieder auf Kommando von oben) erklärt, die Antwort lasse die Möglichkeit von Verhandlungen zu. Das ist doch ein bedeutsames Zeichen. Noch wichtiger aber ist das Telegramm des grossbritannischen Kolonialministers an die autonomen Kolonien. Dieses lädt deren

Ministerpräsidenten ein zu einer besonderen Reichskonferenz, um dringende Fragen zu studieren, die sich auf die Fortführung des Krieges beziehen, ferner auf die Bedingungen, unter welchen Grossbritannien und seine Verbündeten daran denken könnten, den Krieg zu beendigen. Der Kolonialminister gebe sich der Hoffnung hin, dass, in Anbetracht der äussersten Dringlichkeit und der höchsten Wichtigkeit der zu behandelnden Gegenstände, die Premierminister der Kolonien trotz der durch die Reise verursachten ernstlichen Unannehmlichkeiten Mittel und Wege fänden, um pünktlich und spätestens am 5. Februar in England einzutreffen.

*

Das Friedensangebot der Zentralmächte erhielt dadurch eine Verstärkung, dass Präsident *Wilson* die Gelegenheit benutzte, um mit dem längst erwarteten Vermittlungsangebot aufzuwücken. Und weiterhin erliess auch der *schweizerische Bundesrat*, gewissermassen als Weihnachtsbotschaft, eine Kundgebung an die Kriegführenden, in der er die Schritte des amerikanischen Präsidenten unterstützte. Die Regierungen der Zentralmächte beeilten sich, sowohl der amerikanischen als der schweizerischen Regierung für ihre Schritte zugunsten des Friedens zu danken. Während sie aber auf den Wunsch des Präsidenten der Vereinigten Staaten nach Veröffentlichung der Friedensbedingungen nicht eintraten, machten sie ihrerseits den Vorschlag, es möchten bald an einem neutralen Orte Delegierte der kriegführenden Mächte zusammentreten, da sie den unmittelbaren Gedankenaustausch als das geeignetste Mittel betrachten, um zum gewünschten Ergebnis zu gelangen. Das grosse Werk der Verhütung künftiger Kriege könne erst nach Beendigung des gegenwärtigen Völkerringens in Angriff genommen werden. Dann, wenn dieser Zeitpunkt gekommen sei, seien die Zentralmächte mit Freuden bereit, an dieser erhabenen Aufgabe mitzuarbeiten. Ist dies richtig, so hätten die Zentralmächte gegenüber 1899 und 1908, wo sie eine so unbegreifliche Verständnislosigkeit für das Haagerwerk an den Tag legten und dessen Ausbau durch ihre Stellungnahme hauptsächlich verhinderten, umdenken gelernt. Zu wünschen wäre es.

*

Den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Eidgenossenschaft haben sich die *skandinavischen Staaten* angeschlossen. Deren Regierungen haben den Kriegführenden ebenfalls Friedensnoten zugestellt, worin sie der Sympathie für alle Bemühungen Ausdruck geben, die dazu beitragen könnten, der fortschreitenden Häufung von Leiden und Verlusten moralischer und materieller Natur ein Ziel zu setzen. Auch sie verlangen die Veröffentlichung der Friedensbedingungen zum Zwecke der Prüfung.

*

Im Gegensatz hierzu hat sich *Spanien* der Friedensaktion der Neutralen nicht angeschlossen. Wohl hauptsächlich mit Rücksicht auf die Aufnahme des Vorschlages der Zentralmächte in den Ententeländern. Spanien wolle seine Schritte aufsparen für den Augenblick, wo die Friedensbemühungen grössere Aussicht auf Erfolg hätten als jetzt. Bemerkenswert ist der Vorschlag Spaniens, dass es bereit sei, wegen einer Verständigung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer materiellen, durch den Krieg berührten Interessen jetzt wie zu Beginn des gegenwärtigen Krieges in Unterhandlungen zu treten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nichtkrieg-

führenden Länder zu vereinigen, sofern sie sich beeinträchtigt glauben, und es als notwendig ansehen, den erlittenen Schaden auszubessern oder zu vermindern. Wie weit dieser Vorschlag sich verwirklichen wird, wird sich ja zeigen. Nicht vergessen darf man aber, dass es unendlich schwer halten wird, ein gemeinsames Vorgehen der Neutralen zuwege zu bringen, da deren Stellung zu den einzelnen kriegführenden Staaten so verschieden als nur möglich ist.

*

Der Schritt des amerikanischen Präsidenten hat überall in den neutralen Ländern Genugtuung hervorgerufen. Ebenso die Note des schweizerischen Bundesrates. Zahlreich sind denn auch die Versammlungen gewesen, welche Dankadressen richteten an Präsident Wilson. Solche Kundgebungen sind z. B. vom Landammann und von Mitgliedern des Regierungsrates und des Nationalrates des Kantons *St. Gallen*, desgleichen von einer Anzahl bekannter politischer Persönlichkeiten des Kantons *Zürich*, von ungezählten Versammlungen im Inland wie in andern Ländern, z. B. von 34 niederländischen Landesverbänden, an den amerikanischen Präsidenten ergangen. Grosse Friedensversammlungen fanden unter anderm auch in Zürich und Lausanne statt.

*

Der Friedensfunke ist nun einmal in die Welt gesetzt; er wird nicht mehr erlöschen, sondern bald, so hofft alles, zur lodernen Flamme werden. Selbst in London wettet man heute 4 gegen 1, dass bis zum 30. Juni 1917 Frieden sein werde. Und der bekannte italienische Sozialist und Kriegsgegner *Turati* erklärte nach einer neuerlichen Zeitungsnachricht, er sei überzeugt, dass binnen zweier Monate die wirklichen Friedensverhandlungen beginnen würden. Darauf deutet übrigens die angekündete englische Reichskonferenz, sowie der das letzte Mal an diesem Orte bekanntgegebene Beschluss des italienischen Parlamentes, die Verhandlung über den Antrag, Präsident Wilson sei zu ersuchen, in Verbindung mit andern Neutralen den Frieden zu vermitteln, auf sechs Monate, d. h. eben bis Frühjahr 1917, zu verschieben.

So gewagt Prophezeiungen sind, so begründet ist heute die Hoffnung, das Jahr 1917 werde Europa den Frieden bringen.

*

Der bekannte sozialistische Abgeordnete *Brizon* bewirkte in der französischen Kammer einen Tumult mit seinem heftigen Protest gegen die Verlängerung des höllischen Krieges, der kein anderes Ergebnis habe, als dass Millionen Menschen gemordet und Hunderte von Milliarden Franken in den Abgrund geworfen würden. „Nieder mit diesem Krieg,“ so rief er, „der noch zwanzig, dreissig Jahre dauern kann.“ Das Ergebnis dieser Worte war ein unbeschreiblicher Tumult, so dass die Sitzung zweimal unterbrochen werden musste. Schliesslich beschloss die Kammer, den Abgeordneten vorübergehend von der Teilnahme an den Sitzungen auszuschliessen.

*

Wie man sich erinnern wird, hiess es vor geraumer Zeit, der Papst trage sich mit einem neuen Werk der Erleichterung des Loses der Kriegsgefangenen. Darnach sollten Familienväter unter bestimmten Voraussetzungen in der Schweiz interniert werden. Die Anregung ist bis heute allerdings nicht verwirklicht worden. Hauptsächlich auch weil die Schweiz gegen diesen Plan triftige Bedenken geltend machte. Nun hat sich aber neuerdings das deutsche

Kriegsministerium bereit erklärt, vorläufig 100 französische Kriegsgefangene Familienväter in der nächsten Zeit zur Internierung in die Schweiz freizugeben, unter Vorbehalt der Gegenleistung von französischer Seite. Darnach wäre also die Schweiz mit der „Familienväterinitiative“ des Papstes allem Anschein nach unter gewissen Bedingungen einverstanden.

*

Die internationale Vereinigung „In Terra Pax“ für Errichtung eines internationalen Institutes für soziale Reformen (Idee des Prof. Gilbert) veranstaltete kürzlich in Zürich einen Konzert- und Vortragsabend, bei dem Richard Feldhaus seinen 700. Friedensvortrag hielt.

In Basel hat Herr Feldhaus am 17. Januar ebenfalls seinen 700. Friedensvortrag gehalten.

*

Eine Friedensversammlung in Lausanne hat die Gründung einer Sektion der internationalen Organisation für den Frieden beschlossen und Sympathiegramme an den schweizerischen Bundesrat und den Präsidenten Wilson gesandt.

*

Gleicherweise hat auch eine etwa von 600 Teilnehmern besuchte Versammlung des Volkswirtschaftlichen Vereins des Bezirkes Arbon dem Bundesrat seine Friedenskundgebung telegraphisch verdankt.

*

Bei der Besprechung der Militärangelegenheiten in der Dezembersession der Bundesversammlung hat der deutsche Referent, Nationalrat Bühlmann, unter anderm ausgeführt, es sei nach diesem Kriege eine wenigstens teilweise Abrüstung zu erhoffen. Europa könne nach diesem Kriege die alten Rüstungen nicht mehr ertragen. Wir sind nicht daran gewöhnt, von dieser Seite aus eine solche Sprache zu vernehmen. Um so erfreulicher.

*

Am 5. Dezember 1916 sind im Hotel „Freienhof“ in Thun 54 französische Kriegsinternierte aus den verschiedenen Internierungsorten des Berner Oberlandes zum Besuche einer dort eröffneten Handelsschule für Internierte eingerückt. Den Unterricht erteilen drei französische Professoren, wovon zwei internierte Offiziere sind. Die Schüler, deren Zahl bereits sechzig betragen soll, werden im „Freienhof“ einlogiert und gepflegt.

*

Die von Max Dätwiler gegründete Friedensarmee entfaltet eine lebhafte Tätigkeit für den Friedensgedanken. Sie gibt auch eine monatlich erscheinende „Schweizerische Friedenszeitung“ heraus. Ebenso arbeitet der Weltfriedensbund kräftig für die Verbreitung seiner Ideen. So hält jetzt dessen Präsident M. Rotter, der den Lesern des „Friede“ auch kein Unbekannter ist, im Zürcher Volkshaus 12 Vorträge, deren Zweck die „Erziehung zur Weltrepublik“ sein soll.

*

Die schweizerische Postverwaltung vermittelte seit Kriegsbeginn bis Ende des Jahres 1916 an Kriegsgefangene und von solchen annähernd 210 Millionen Briefpostsendungen, 45 Millionen Pakete bis 5 kg, 3,7 Millionen Brotsendungen im Gewicht von 7 Millionen Kilo, 6 Millionen Postanweisungen im Betrage von 85 Millionen Franken. Und dies alles kam den Gefangenen und ihren Angehörigen zugute auf Grund der Haager Uebereinkünfte. Welche Wohltat und welchen Wert bergen doch

diese „papierenen“ und daher, nach der Ansicht so vieler, wertlosen Verträge!

*

Anlässlich des diplomatischen Neujahrsempfanges im Bundeshaus verdankten der französische Botschafter und die Gesandten Italiens, Englands, Oesterreichs und des Deutschen Reiches dem Bundespräsidenten in Ansprachen die grossen Verdienste der Schweiz auf dem Gebiete des Interniertenwesens und der Hilfswerke für die Opfer des Krieges.

*

Bundespräsident Schulthess betonte in einem Antworttelegramm auf die übliche Neujahrsbotschaft des amerikanischen Volkes, dass die Schweiz entschlossen sei, im gegenwärtigen Kriege absolut loyal ihre Neutralität zu beobachten. Die älteste Demokratie der Welt sende ihrer grossen Schwester, der Republik der Vereinigten Staaten, deren Volk und Präsidenten ihre brüderlichen Wünsche, und hoffe mit ihr, in diesem Jahre noch die Rückkehr des Friedens zu erleben.

*

Oesterreich-Ungarn hat die Schweiz ersucht, den Schutz ihrer Staatsbürger in den noch nicht von den Zentralmächten besetzten Teilen Rumäniens zu übernehmen. Die Schweiz hat dem Ansuchen entsprochen und ihrem diplomatischen Vertreter in Jassy entsprechenden Auftrag erteilt. *K. W. Sch.*

„Leibeigenschaft.“

Mit Riesenschritten geht es rückwärts, ins finstere Mittelalter hinein. Nicht genug, dass der Krieg alle sogenannten zivilisierten Länder militarisiert hat, lässt er jetzt die Zeit der Leibeigenschaft wieder aufleben. Russland fing letzten Sommer schon damit an. Dort, wo jeder Präfekt die Macht hat, nach Belieben Gesetze einzuführen, wurden in vielen ackerbaubetriebenden Provinzen die Flüchtlinge, oder vielmehr die Deportierten, aus den besetzten Gebieten unter Strafandrohung gezwungen, für die Grundbesitzer um geringeren Lohn zu arbeiten als der „freie“ Arbeiter. Bäuerinnen entriss man ihrem Heim und zwang sie zur Arbeit bei andern Grundbesitzern. Was das „schlechtorganisierte“ Russland im Interesse einiger einflussreichen „Protegierten“ fertigbrachte, wird den gutorganisierten und zivilisierten Staaten weit besser gelingen, um weitere Hunderttausende ihrer Untertanen zur Schlachthaus führen zu können. Die von Deutschland und England geplante bürgerliche Mobilisation ist nichts mehr, nichts weniger als die Wiedereinführung der mittelalterlichen Leibeigenschaft, nur mit dem Unterschied, dass an Stelle des Lehnherrn im 20. Jahrhundert die Staatsmacht tritt.

Nachdem die französischen Zeitungen mit grossen Worten geprahlt und Vergleiche angestellt zwischen lateinischem Individualismus und germanischem Kollektivismus, geben sie jetzt zu, dass es unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich sei, „bis zum Ende durchzuhalten“ ohne Einführung der Zwangsarbeit, der bürgerlichen Mobilisation. — Auch die italienischen Zeitungen sprechen von denselben Massnahmen, um „des Sieges gewiss zu sein“. Somit scheint die Wiedereinführung der Leibeigenschaft in allen Staaten eine beschlossene Sache. Das deutsche Projekt unterscheidet sich nicht im geringsten von dem englischen. Jeder von diesen Staaten schlägt vor allem eine Volkszählung vor, um die Zahl der noch nicht Einberufenen festzustellen. Alsdann soll

der militärtaugliche Teil einexerziert und an die Front geschickt werden, und über die übrigen wird der Staat verfügen, sie entweder in den verschiedenen Fabriken oder auf dem Lande beschäftigen, je nach dem kollektiven Bedürfnis. Niemand darf sich diesen Bestimmungen widersetzen, sondern ist gezwungen, jede ihm angewiesene Arbeit zu verrichten, sollte er selbst in einen entfernten Teil des Landes verschickt werden. Von Auflehnung kann keine Rede sein, weder gegen ungenügenden Sold noch gegen kapitalistische Unterdrückung. Somit Sklaverei in des Wortes vollster Bedeutung. Wir haben in diesem Kriege jede Art von Barbarei erleben müssen; aber wer hätte gedacht, dass er uns 300 bis 400 Jahre zurückwerfen könnte? Ein weiteres Jahr der Kriegsgreuel und wir werden beim Kannibalismus angelangt sein. Ja, alles das für *Gerechtigkeit und Freiheit!*

„Un militant.“

(Aus dem Französischen übersetzt von *W. Kohl.*)

Eine Silvesterfeier.

Ueberall freudig erregte Menschen! Man will, wie jedes Jahr, den Anbruch des neuen Jahres feiern. Und gerade bei diesem Anlasse müssen wir den scheinbaren Misserfolg der ersten öffentlichen Friedensaktion erleben. Wem steigt nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn er an die europäische Kultur denkt und an das, was sich heute zur Eröffnung des Jahres 1917 vollzieht. Unter dem Eindruck der traurigen Tatsache, dass nach aller Voraussicht wegen vielleicht 10 ehrgeizigen Politikern nutzlos weitere Millionen Menschen dem Elend und Unglück preisgegeben werden sollen, fielen die ersten Worte des Protestes gegen das wahnsinnige Verbrechen im neuen Jahre. Von einem Fenster aus sprach Daetwyler zu der Volksmenge, die auf dem Münsterplatze in Zürich das neue Jahr begrüsst und den Weisen der Stadtmusik Konkordia lauschte:

„Wir haben in Europa den Frieden gehabt. Die Völker wollen überall nur in Ruhe ihr Brot verdienen. Der Militarismus zwingt sie, gegen den Willen des einzelnen lächerlicher Streitigkeiten wegen mit mörderischen Waffen auf unbekannte Menschen zu schießen, in wenigen Stunden Werte und Reichtum zu vernichten, die in mühsamer Arbeit von Generationen errichtet wurden. Muss nicht jedermann offen gegen diese Barbarei auftreten, muss nicht die öffentliche Meinung so gestärkt werden, dass es heisst, lieber den Tod als in der Knechtschaft leben. Hat die Menschheit im Verhältnis zum Zeitalter je eine Knechtschaft in dem Masse erduldet! Kann sie sich diese Knechtschaft gefallen lassen, ohne total zugrunde zu gehen? Du sollst nicht töten, liebe deine Feinde, alle Menschen sind Brüder; sollen wir nicht vom Scheinchristentum zur Befolgung der Lehre in der Tat übergehen! Braucht es noch mehr Beweise des Elendes, das durch Missachtung des einfachen Gebotes „Du sollst nicht töten“ auf der Welt entstanden ist? Wenn einmal die Menschen Recht setzen an Stelle der Gewalt, Zusammenarbeit im Interesse aller an Stelle der lächerlichen Konkurrenzmacherei der einzelnen Staaten, dann werden wir Reichtum haben, und die Erde wird ein Garten sein für alle Menschen. Darum weg mit dem Militarismus; für heute aber vor allem tausendfachen Protest gegen die Fortsetzung des Krieges. Das Jahr 1917 kann einen Fortschritt bringen, wenn jeder einzelne an seiner Stelle seine Pflicht tut gegenüber den bedrängten Brüdern, gegenüber den Mitmenschen.“